



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie e.V.

Aktuell seit 21.10.2025 11:48:11

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000580
Ersteintrag:	17.02.2022
Letzte Änderung:	21.10.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	17.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Straße des 17. Juni 106-108 10623 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +4930340603620 E-Mail-Adressen: office@dgu-online.de Webseiten: www.dgu-online.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. med. Ulrich Stöckle**
Funktion: Präsident
2. **Prof. Dr. med. Andreas Seekamp**
Funktion: 1. Vizepräsident
3. **Prof. Dr. med. Frank Hildebrand**
Funktion: 2. Vizepräsident
4. **Prof. Dr. med. Wolfgang Lehmann**
Funktion: 3. Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Prof. Dr. med. Dietmar Pennig**
2. **Prof. Dr. med. Sascha Flohé**
3. **Prof. Dr. med. Ulrich Stöckle**

Gesamtzahl der Mitglieder:

4.435 Mitglieder am 04.06.2025, davon:

4.422 natürliche Personen

13 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (11):

1. Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF)
2. Deutsche Gesellschaft für Chirurgie (DGCH)
3. Deutsche Traumastiftung
4. European Society for Trauma & Emergency Surgery (ESTES)
5. Deutscher Rat für Wiederbelebung e.V. (GRC)
6. Dachverband Osteologie e.V. (DVO)
7. Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin e. V. (DIVI)
8. The Alliance to Save Our Antibiotics, Orthopaedic Trauma Association (OTA)
9. International Orthopaedic Trauma Association (IOTA)
10. Informationsdienst Wissenschaft (idw)
11. Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (9):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; EU-Gesetzgebung; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Krankenversicherung; Unfallversicherung; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU) ist eine wissenschaftliche medizinische Fachgesellschaft. Ihr breites Aufgabenspektrum reicht von der wissenschaftsbasierten Prävention, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation in der Traumatologie über die Einrichtung und Sicherung adäquater Versorgungsstrukturen und effizienter Fort- und Weiterbildungskonzepte bis zum Transfer von Forschungsergebnissen in die klinische Anwendung.

Die DGU beschäftigt sich zudem mit der Registerarbeit, der Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung, telemedizinischen Aspekten sowie der Versorgungsforschung in der Unfallchirurgie. Die DGU wird tätig bei Anfragen des Bundesministeriums für Gesundheit, soweit die Kernarbeitsgebiete aus Unfallchirurgie betroffen sind. Die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) wird in Bezug auf die relevanten Ziffern in Unfallchirurgie bearbeitet. Inhaltliche Aspekte des Medizinstudiums in Bezug auf Unfallchirurgie werden von der Fachgesellschaft vertreten. Die Fachgesellschaft nimmt Stellung zu Fragen der Delegation und Substitution ärztlicher Tätigkeiten in Abstimmung mit der Bundesärztekammer. Die Fachgesellschaft nimmt auf Einladung an Sitzungen des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages teil.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Sicherstellung der medizinischen Notfall- und Akutversorgung von Patientinnen und Patienten - Reform der Notfall- und Akutversorgung

Beschreibung:

Die DGU setzt sich für eine effektive Reform der Notfallversorgung ein. Ziel ist es, die Versorgung von Patientinnen und Patienten in medizinischen Notfällen zu verbessern. Maßnahmen dazu wären u.a.:

1. Verbesserte bedarfsgerechte Patientensteuerung und damit einhergehend Entlastung der Notaufnahmen und Rettungsdienste, Koordination durch sektorenübergreifende Integrierte Leitstellen (ILS), Etablierung eines Ersteinschätzungsverfahrens und Notfallticketsystems
2. Sinnvolle Verzahnung von ambulanten Versorgungsangeboten und interdisziplinären (Notfall)Versorgungszentren

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2406120024](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.05.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. [SG2510210012](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. [SG2510210016 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. [Sicherstellg. u. Verbesserg. d. med. Versorgungsqualität f. unsere Patientinnen und Patienten - \(geplantes\) Registergesetz](#)

Beschreibung:

Schaffung von Regelungen, die die Einholung von Patienteneinwilligungserklärungen zum Datenschutz nicht mehr notwendig machen, um eine lückenlose Dateneingabe für das TraumaRegister DGU® und andere medizinische Fachregister zu gewährleisten und damit eine repräsentative Aussage zu Verletzungs- und Erkrankungsmustern und deren Behandlung leisten zu können; Datensammlung mithilfe pseudonymisierter Daten

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406120028 \(PDF - 4 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.05.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. [Sicherstellg. u. Verbesserg. d. med. Versorgungsqualität f. Patientinnen u. Patienten - StN z. RefEntw eines Gesetzes z. Änderg. d. TierSchG](#)

Beschreibung:

Die DGU unterstützt ausdrücklich und vollumfänglich die Stellungnahme der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vom 26.02.2024. Tierversuche stellen auch weiterhin für das Fach Orthopädie und Unfallchirurgie eine essentielle und unverzichtbare Grundlage dar, um

weiterhin eine exzellente und innovative Behandlung der Patientinnen und Patienten zu garantieren.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 256/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbots gesetzes

Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

TierSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

4. Geplante Neuordnung und Eingliederung des Sanitätswesens in das Bundesministerium der Verteidigung

Beschreibung:

Es sind Vorkehrungen zu treffen, die Bundeswehrkrankenhäuser mit den mehr als 650 zivilen Krankenhäusern des TraumaNetzwerkes der DGU zu verbinden und eine gemeinsame Organisationsform zu entwickeln. Unabdingbar ist ein völkerrechtlich unabhängiger Status des Sanitätsdienstes. Zur Gewährleistung einer qualitativ optimalen medizinischen Versorgung müssen Ärztinnen und Ärzte des Sanitätsdienstes fachlich und standesrechtlich weisungsunabhängig handeln dürfen.

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

5. Sicherstellg. u. Verbesserg. d. med. Versorgungsqualität f. unsere Patientinnen u. Patienten - Stellungnahme zum Referentenentwurf MVGenomV

Beschreibung:

Der in dem Modellvorhaben geplante Prozess der Patientenrekrutierung und Patienteneinwilligung muss über die jeweilige Onkologie erfolgen. Eine Beteiligung des Fachgebietes Orthopädie und Unfallchirurgie muss nicht erfolgen. Sollte wider Erwarten eine aktive Beteiligung des Fachgebietes Orthopädie und Unfallchirurgie erforderlich sein, so sind für die Gegenfinanzierung der über die Routineversorgung hinausgehenden Maßnahmen finanzielle Mittel bereitzustellen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 257/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zum Modellvorhaben zur umfassenden Diagnostik und Therapiefindung mittels Genomsequenzierung bei seltenen und bei onkologischen Erkrankungen (Genomdatenverordnung - GenDV)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Verordnung zum Modellvorhaben Genomsequenzierung (Vorgang)

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu];

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

6. Sicherstellg. u. Verbesserg. d. med. Versorgungsqualität f. unsere Patientinnen u. Patienten - Mitwirkung beim KHVVG**Beschreibung:**

Verbesserg. d. Versorg.qualität: Erhöhg. d. Qualitätsstandards in d. unfallchir. Versorg. mit Hilfe d. Sicherstellg. einer adäquaten personellen u. materiellen Ausstattg d. Krankenhäuser u. Förderg. v. Maßnahmen zur Qualitätskontr. u. -sicherg.,

Förderg. d. Spezialisierg. u. Weiterbildg.: Stärkg. spezialisierter Zentren f. d. Versorg. v. Unfallverletzten u. Verbesserg. d. Weiterbildg.möglichkeiten f. unfallchir. Fachpersonal, Sicherstellg. einer flächendeckenden Versorg.: Unterbindg. d. drohenden Gefahr v. erheblichen Versorg.lücken durch d. Wegfall v. regionalen Traumazentren, Berücksichtig. d. Traumatologie in einer speziellen Leistungsgruppe, Schaffg. v. angemessenen Rahmenbeding. hinsichtl. d. interdiszipl. Zusammenarbeit z. Gewährleistg. einer ganzheitl. u. interdiszipl. Versorg.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 235/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11854 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2406120013 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Versendet am 22.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. [SG2406120026 \(PDF - 4 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.05.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

3. [**SG2412160031** \(PDF - 4 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

7. [**Sicherstellg. u. Verbesserg. d. med. Versorgungsqualität f. unsere Patientinnen u. Patienten - StN z. RefEntwurf IOP-Governance-Verordnung - GIGV**](#)

Beschreibung:

Genaue Darstellg. d. zu erwartenden Umsetzungs-/Folgekosten u. Benennng. d. Finanzierg. quellen; Gefahr d. Abhängigkeit v. d. Preispolitik v. IT-Serviceanbietern, Notwendige Klärg. v. Haftg. Fragen i. R. u. als Folge neuer Implementierg. auf Seiten d. Verbraucher u. diesbezügliche Entschädig., Kritik an niedriger Anzahl v. nur 7 MG im Expertengremium, da Gefahr besteht, dass Gesamtheit d. vielfältigen Interessen (d. Gemeinwohls) nicht ausreichend widergespiegelt werden können Bedeutg. med. Expertise gegenüber reiner IT-Expertise ist unbedingt zu beachten (angemessene Anzahl v. Vertretern aus Ärztegruppen mit direkter Pat.Tätigkeit aus d. versch. Bereichen d. Gesundheitswesens, nicht in d. reinen IT-nahen Verwaltg. tätige Ärztegruppen oder arztnahe Berufe)

Referentenentwurf:

[Gesundheits-IT-Interoperabilitäts-Governance-Verordnung \(Neufassung\) \(20. WP\) \(Vorgang\)](#)
[\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 24.04.2024

Federführendes Ministerium: [BMG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[GIGV](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

[Gesundheitsförderung](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [Gesundheitsversorgung](#) [\[alle RV hierzu\]](#);
[Wissenschaft, Forschung und Technologie](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [**SG2406120035** \(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. [SG2412200015](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. [Sicherstellg. u. Verbesserg. d. med. Versorgungsqualität f. unsere Patientinnen u. Patienten - Entwurf Medizinforschungsgesetz \(MFG\)](#)

Beschreibung:

Als medizinische Fachgesellschaft schreibt die DGU der einrichtungsübergreifenden Forschung über Register eine entscheidende, grundlegende Bedeutung für den Erkenntnisgewinns zu; es ist problematisch, den Erkenntnisgewinn allein auf die Resultate von randomisierten klinischen Studien zu stützen. Zur Sicherstellung einer hochwertigen Versorgungsforschung in der Zukunft, bedarf es eines vereinfachten und zugleich datenschutzkonformen Umgangs mit Gesundheitsdaten. Ziel ist es somit, die Nutzung von Gesundheitsdaten für Forschungszwecke forschungsfreundlicher zu regeln. Dies muss im Medizinforschungsgesetz Berücksichtigung finden.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/11561 \(Vorgang\)](#) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Medizinforschungsgesetzes

1. Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: [BMUV \(20. WP\)](#) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2407120011](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.06.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Versendet am 10.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

9. Sicherstellg. u. Verbesserg. d. med. Versorgungsqualität f. unsere Patienten - StN

RefEntwurf Telemedizin-BlutspendeV

Beschreibung:

Es wird begrüßt, dass die Prozesse durchdacht werden. Kritisch ist die vorgeschlagene Finanzierg. Regelg. im Vgl. zu anderen Digitalisierungsprozessen. In dieser Verordng. wird eine umfangreichere Kostenerstattg. angesetzt als die erheblich zu niedrige für Digitalisierg. der Krkh. und Praxen. In dieser Verordng. werden die hohen Hardware- und Softwarekosten, inkl. der kontinuierlich anfallenden Modernisierg.-, Wartung.- und Schulg. Kosten berücksichtigt. Problematisch ist, dass die Auswahl von Blutspendern ohne persönl. Untersuchg. eines Arztes erfolgen kann, womit die Gefährdg. weiterer Personen droht. Die Verhältnismässigk. im Vgl. zur Gewinng. anderer Blutprodukte (Wachstumsfaktoren- und Stammzellgewinng.), Gewebeentnahmen zur Zellzüchtg., wo kritischer diskutiert wird, wird hinterfragt.

Referentenentwurf:

Verordnung zum Einsatz telemedizinischer Verfahren bei der Blut- und Plasmaspende (Telemedizin-BlutspendeV) (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 25.06.2024

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2410010022 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

10. Anpassung der C5-Äquivalenzverordnung zur Vermeidung von Risiken für Patientensicherheit sowie Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte

Beschreibung:

Da der vorliegende Entwurf der C5-Äquivalenzverordnung erhebliche Risiken für die Patientensicherheit sowie für Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte birgt, wird es als notwendig angesehen, dass die Verordnung so angepasst wird, dass Patienten nicht gefährdet werden, ungeplante neue Risiken für Krankenhäuser oder niedergelassene Orthopäden und Unfallchirurgen vermieden werden und entstehende neue Kosten vollständig erstattet werden.

Referentenentwurf:

C5-Äquivalenz-Verordnung (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 06.01.2025

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506110019](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

11. [Berücksichtigung d. gesundheitspolit. Positionen in Orthop. u. Unfallchir. zur 21. Legislaturperiode seitens der Parteien u. polit. Akteure](#)

Beschreibung:

Im Vorfeld der 21. Legislaturperiode gibt die DGU mit dem Positionspapier ihre gesundheitspolitischen Forderungen und Positionen bekannt, u.a. zu den folgenden Themenbereichen:

- Strukturierte Versorgung und definierte Versorgungsqualität in Orthopädie und Unfallchirurgie,
- Hochwertige Versorgung in der Stadt und auf dem Land,
- Prävention als Schlüssel zur Verhinderung von Volkskrankheiten,
- Weiterentwicklung der digitalen Infrastruktur in Klinik und Praxis,
- Sicherstellung ärztlicher Versorgung im Katastrophen-, Terror- und Kriegsfall,
- Ärztliche Versorgung der Zukunft durch exzellente Aus-, Fort- und Weiterbildung sichern,
- Stärkung von Wissenschaft und Forschung für unsere Patientinnen und Patienten

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu];

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu];

Hochschulbildung [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506110022](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.01.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

12. Vorbereitung auf den Bündnisfall und den Massenanfall von Verletzten, Sicherstellung der Gesundheitsversorgung insb. im Zivilschutzfall

Beschreibung:

Die DGU fordert, dass für den militärischen Ernstfall ausreichend finanzielle Mittel für die Ausstattung des zivilen Gesundheitssystems zur Verfügung gestellt werden. Die Resilienz des Gesundheitswesens ist zu stärken und der Gesundheitsversorgung im Verteidigungsfall ist die gleiche Aufmerksamkeit wie der militärischen Aufrüstung zukommen zu lassen.

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [[alle RV hierzu](#)]; Berufliche Bildung [[alle RV hierzu](#)]; Gesundheitsversorgung [[alle RV hierzu](#)]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [[alle RV hierzu](#)]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Provinzialstraße 93, 53127 Bonn

Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro

Entwicklung von Behandlungsleitlinien und Behandlungsstrategien für den Einsatz in der klinischen Krisen- und Katastrophenmedizin

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

620.001 bis 630.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[DGU_Kassenbericht_2023_LR.pdf](#)